

A 71. 26.4.16, S. 5

Ministerium für Millionen

AMPEL Sparpläne bringen Personalräte und Gewerkschaften auf die Barrikaden

Von Markus Lachmann

MAINZ. Es rumort in den Landesbehörden. Zwar hatte es sich seit Wochen abgezeichnet, dass der Rotstift beim Personal angesetzt wird. Doch die neuen Zielvorgaben – 2000 Stellen werden gestrichen, davon 600 in Ministerien und Mittelbehörden – wurmen die Betroffenen. Umso mehr, als die Ampelkoalition die Zahl der Ministerien von acht auf neun erhöhen will.

So soll aus dem Bildungsministerium ein Ministerium für die Themen Wissenschaft, Hochschule und Kultur ausgekoppelt werden. Nach Angaben von Insidern könnte das neue Ministerium etwa 1,5 Millionen Euro pro Jahr kosten, mithin bis zu zehn Millionen Euro in der Legislaturperiode. Ein solches Ministerium sei mitnichten zum Nulltarif zu haben, heißt es in den Kreisen. Teuer wird vor allem die Organisation einer Zentralabteilung mit einem Leiter (nach B6 vergütet) und einem Stellvertreter (B3). Ein neuer Minister mit Fahrer und Sekretärinnen müssen bezahlt werden, hinzu kommen Ministerbüro, Kabinettsreferenten, Schreibkräfte, Bundesratsreferenten.

Für das Integrationsministerium, das 2011 neu aus dem Boden gestampft wurde, liegen dem Vernehmen nach Zahlen vor: Mehr als 40 neue Stellen wurden geschaffen. Kosten für das neue Grünen-Ministerium

SGD SÜD

► Bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd arbeiten derzeit etwa 546 Mitarbeiter. Aktuell handelt es sich um 478 „Vollzeitäquivalente“. Die SGD Süd hat ihren Sitz in Neustadt an der Weinstraße. Im Internet findet man die Behörde unter der Adresse www.sgdsued.rlp.de

im Jahr: Vier bis fünf Millionen Euro. Entsprechend wenig Begeisterung herrscht bei Personalräten und Gewerkschaften über den angekündigten Sparkurs im Personalbereich.

„Scheinheiligkeit“

Die Landesvorsitzende des Beamtenbundes dbb, Lilli Lenz, wirft der künftigen Ampelkoalition „Scheinheiligkeit“ vor und kritisiert neben der SPD auch die FDP hart. So hätten die Liberalen vor der Wahl insgesamt 10 000 Polizisten in Vollzeit versprochen, nun sollen pro Jahr nur 500 Anwärter eingestellt werden – was längst verkündet worden war. „Zuwachs null“, so Lenz.

Lenz findet insgesamt kein gutes Haar am Koalitionsvertrag. Die 1000 Lehrer für das Vertretungspersonal – das seien bei 1600 Schulen „ein halber Lehrer pro Schule“. Dass Polizisten – etwa beim Transport von Bauteilen für Windräder – von sach-

fremden Aufgaben entlastet würden, sei zwar schön, aber „ein alter Hut“. Und die Formulierung, dass die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst für die Beamten übernommen würden „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten“, ist wachschweich formuliert. Lenz ärgert sich über die gesamte Vorgehensweise der Koalitionäre: „Dann sollen sie keine Demokratie spielen, wenn's keine ist.“

„Dünne Personaldecke“

Friedrich Berg, Landesvorsitzender der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Rheinland-Pfalz, sagt: Die Zahl 600 sei überhaupt nicht zu stemmen. Zudem gebe es keine aktuelle Prüfung. „Ich halte es für unseriös, eine solche Zahl vor Abschluss der beauftragten Gutachten in den Raum zu stellen“, erklärt Berg, der auch Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der SGD Süd ist. „Wir haben schon jetzt das Problem, die uns zugewiesenen Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen aufgrund der dünnen Personaldecke.“

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der SGD Süd beträgt rund 50 Jahre. In den kommenden Jahren seien einige Abgänge zu erwarten; diese müssten dringend durch junge Nachwuchskräfte ersetzt werden. Berg warnt die künftige Ampelregierung vor einem „Schnellschuss“.

Auch Verdi-Landeschefchef Michael Blug lehnt den Stellen-

abbau ab. Er warnt davor, dass künftig wichtige Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden können. Laut Verdi sollen beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) 300 Stellen eingespart werden – der LBM wollte sich am Montag nicht zu genauen Zahlen äußern.

Der Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW, Klaus-Peter Hammer, bezeichnete die Sparpläne als „grundlegend falsch“. DGB-Landeschef Dietmar Muscheid hatte bereits am Freitag auf seiner Facebookseite erklärt: „Wer überfällige und notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur nur durch Personalabbau gegenfinanzieren kann, der muss sich jetzt ernsthaft Gedanken machen, wie handlungsfähig unser Staat noch ist.“



Neue Wissenschaftsminister soll Jochen Hartloff werden, bis 2014 war er Justizminister. Foto: dpa